KANTON
LUZERN

**Kantonsrat**

## KANTONSRATSPROTOKOLL

| | |
|---|---|
| Sitzung vom | 22. Juni 2026 |
| Kantonsratspräsidentin | Widmer Reichlin Gisela |

## B 94 A Jahresbericht 2025 - Teil I: Geschäftsbericht (B 94a) / Teil II: Jahresrechnung (B 94b); Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Jahresberichtes 2025 / Finanzdepartement

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Die PFK startete die Behandlung des Jahresberichts mit einer Vorinformation an den Präsidenten der PFK und die Leader und Leaderinnen der Fraktionen in der PFK vom 10. März und einer Vorinformation der Kommission an der Sitzung vom 1. April 2026. In der Folge konnten sich die Fraktionen auf die Beratung vorbereiten. An zwei Tagen, am 1. und am 3. Juni 2026, wurde die Vorlage beraten. Die Beratungen begannen wie immer mit einem Austausch mit der fast vollständig anwesenden Finanzkontrolle unter der Leitung von Karin Fein. Die PFK-Mitglieder stellen der Finanzkontrolle ein gutes Zeugnis aus und schätzen die Hinweise ihres Berichts wie auch die kompetente Beantwortung von Fragen. Die Beratungen sind vertraulich. Ich kann aber mitteilen, dass stets Verbesserungen, auch in detaillierten Fragen, diskutiert und angestrebt werden, in vielem kommen die Anregungen von der Finanzkontrolle selbst oder aus der Mitte der Kommission. Die Finanzkontrolle stellt bei ihren Kontrollen trotz mehrheitlich einwandfreien Verwaltungstätigkeiten Mängel fest. Diese haben erneut abgenommen, vor allem erhebliche Fehler sind auf sehr tiefem Niveau. Es darf festgestellt werden, dass die Verwaltung mehrheitlich auf Empfehlungen eingeht. Einzelne Fragestellungen hat die PFK zur vertieften Prüfung an die Aufsichts- und Kontrollkommission (AKK) per Mitbericht weitergeleitet und der Finanzkontrolle einen Prüfauftrag erteilt. Zurzeit läuft die Aufgabenprüfung in ausgewählten Pilot-Abteilungen durch die Finanzkontrolle. Die Kommission dankt der Finanzkontrolle für ihre wertvolle Arbeit. Der Jahresbericht schliesst aus Sicht der PFK erneut erfreulich ab. Alle Fraktionen begrüssen das gute Ergebnis mit einem Ertragsüberschuss von 338,2 Millionen Franken und einem Eigenkapital von 5,5 Milliarden Franken. Das Ergebnis 2025 übertrifft das Budget um 369,5 Millionen Franken. Das ist bereits der achte positive Jahresabschluss. Die Steuern der natürlichen wie der juristischen Personen liegen über den Erwartungen. Das Ausgleichskonto wird immer mehr geäufnet, Stand Ende 2025 sind es 1,67 Milliarden Franken. Die Investitionen sind gegenüber 2024 gestiegen, aber weniger stark als das Budget dies vorsah. Die Priorisierung der Aufgaben und die Ausgabendisziplin war einer Mehrheit der Kommission nach wie vor ein Anliegen. Die Zielschwerpunkte wurden in grossem Mass erfüllt. Allfällige Abweichungen wurden in den Hearings geklärt. Die einzelnen Departementsvorsteher und -vorsteherinnen, die Vertreter der Gerichte, der Luzerner Psychiatrie (Lups) und des Luzerner Kantonsspitals (LUKS) wurden am 1. und am 2. Juni 2026 zu Hearings eingeladen und die Fraktionen konnten entsprechende Fragen stellen, die von den vorstehenden Regierungsräten und Regierungsrätinnen sowie von Fachpersonen aus den jeweiligen Departementen ausführlich und kompetent beantwortet wurden. Im Folgenden berichte ich von einigen Schwerpunkten der einzelnen Departemente oder Gerichte. Gerichte: Ein Schwerpunkt der Tätigkeit nebst der Rechtspflege ist die Digitalisierung. Dabei stecken die Gerichte in den Vorbereitungsarbeiten für den künftigen elektronischen Rechtsverkehr und die digitale Verfahrensführung. Der Arbeitsdruck der Gerichte ist nach wie vor hoch. Die hohe Belastung wirkt sich jedoch zunehmend negativ auf die zeitgerechte Erledigung

der Verfahren aus. Beim Kantonsgericht sind 2493 neue Fälle eingegangen, 2261 wurden erledigt. Der Schwierigkeitsgrad steigt. Auch bei den Gerichten der ersten Instanz und der Schlichtungsbehörde stiegen die Pendenzen und die Komplexität. Ein Qualitätsmerkmal ist die hohe Akzeptanz der gerichtlichen Entscheide der ersten Instanz; im Jahr 2025 blieben 95,4 Prozent der Urteile unangefochten. Erfreulich ist, dass sowohl die Schlichtungsbehörde Miete und Pacht wie auch die Friedensrichter und -richterinnen einen Grossteil der Fälle auf ihrer Stufe abschliessen können und die Gerichte damit entlastet werden. Das zeigt, dass die kantonale Streitschlichtung im Zivilprozess auch im Jahr 2025 erfolgreich war. Staatskanzlei: Der Aufbau eines Ratsinformationssystems, die Digitalisierung des Kantonsblattes und das Training für den Bezug des Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz wurden fortgesetzt. Ein Krisenstab Verwaltung wurde aufgebaut. Gesundheits- und Sozialdepartement: Die grösste Abweichung stammt von der Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen (DAF). Aufgrund der stetigen und unvorhersehbaren Schwankungen budgetiert die DAF auf einem, nach ihrer Einschätzung wahrscheinlichen Entwicklungsszenario. Die Erwartungen wurden negativ übertroffen. Weiter wurde die Kommission über die gemeinwirtschaftlichen Leistungen (GWL) und die Entwicklung der Prämienverbilligungen informiert. Letztere sind in den letzten zehn Jahren um knapp 100 Millionen Franken gestiegen. Justiz- und Sicherheitsdepartement: Die stärkste Abweichung betrifft den Strafvollzug. Dort stiegen die Fälle stark an. Die eingewiesenen Personen weisen zunehmend psychische Belastungen auf, wodurch der Bedarf an psychiatrischer Betreuung steigt. Die aktuelle Haftplatzsituation ist sehr angespannt. Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement: Die Fragen der Kommission drehten sich vor allem um die Kreditübertragungen im Klimabereich, die Umsetzung der 2. Etappe des Raumplanungsgesetzes (RPG 2), Verzögerungen im öffentlichen Verkehr (öV) und den Stand der Härtefall-Rückzahlungen. Kurz wurde die Frage diskutiert, welche Konsequenzen die Kompensation von Sachaufwand durch Personalaufwand innerhalb des Globalbudgets auf die folgenden Budgets haben. Bildungs- und Kulturdepartement: Beim Bildungs- und Kulturdepartement (BKD) wurde die Frage der Beschaffungen diskutiert. Die Frage betrifft nicht nur das BKD, sondern generell Departemente, welche nicht ständig Erfahrungen mit Ausschreibungen haben. Verschiedene Dienststellen sind an ihre Grenzen gestossen. In Zukunft soll ein Gremium den anfragenden Dienststellen im Beschaffungswesen eine intensivere technische Unterstützung anbieten. In diesem Sinn soll ein Mitbericht an die AKK weitergeleitet werden. Alle Fraktionen traten auf die Vorlage ein. Eine Mehrheit sieht eine Bestätigung der Finanz- und Steuerpolitik. Der Standort entwickle sich erfreulich, doch stünden grosse Herausforderungen an. Dazu sind die geopolitischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten zu berücksichtigen. Positiv wurden die hohen Investitionen gewürdigt. Eine Minderheit kritisierte, dass im Licht des guten Ergebnisses in Bereichen wie Gesundheit, Gesundheitskosten, soziale Sicherheit und Ökologie die Möglichkeiten für Verbesserungen nur ungenügend ausgeschöpft wurden. Aus diversen Anträgen, einzelne Vorstösse noch nicht abzuschreiben, empfiehlt die Kommission, sechs Anliegen nicht abzuschreiben. Wir bitten Sie, diesen Anträgen zu folgen. Ich komme bei der Behandlung auf die einzelnen Anträge zurück. Die PFK hat folgende Beschlüsse genehmigt: Sie hat den Jahresbericht 2025 einstimmig genehmigt. Weiter beantragt die PFK, sechs Motionen und Postulate nicht abzuschreiben. Den Bericht über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie hat die PFK einstimmig genehmigt.

Für die Mitte-Fraktion spricht Eliane Graber.

Eliane Graber: Die Mitte-Fraktion bedankt sich beim Regierungsrat für die vorliegende Botschaft B 94 und nimmt mit Freude Kenntnis vom Jahresabschluss 2025 des Kantons Luzern. Die Erfolgsrechnung schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 338,2 Millionen Franken ab und fällt damit um rund 369,5 Millionen Franken besser aus als budgetiert. Damit präsentiert der Kanton Luzern bereits zum achten Mal in Folge einen positiven Jahresabschluss. Die Steuereinnahmen von natürlichen, wie auch von juristischen Personen liegen erneut deutlich über den Erwartungen. Zusammen mit der Ausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) und der insgesamt guten Budgetdisziplin der Verwaltung ergibt sich dieses sehr erfreuliche Ergebnis. Für die Mitte-Fraktion bestätigt dieses Resultat, dass sich die Luzerner Finanz-, Steuer- und Standortpolitik bewährt. Attraktive

Rahmenbedingungen, eine starke Wirtschaft und eine verantwortungsvolle Finanzpolitik tragen Früchte. Besonders erfreulich ist die anhaltende, sehr positive Entwicklung der Steuereinnahmen. Diese liegen deutlich über den budgetierten Werten und zeigen, dass sich der Wirtschafts- und Wohnstandort Luzern weiterhin dynamisch entwickelt. Ein bedeutender Teil dieser zusätzlichen Einnahmen beruht nicht auf einmaligen Effekten, sondern auf einer nachhaltigen positiven Entwicklung. Die erfreuliche Ertragsentwicklung ermöglicht es dem Kanton gleichzeitig, seine Leistungen für die Bevölkerung auszubauen. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Ausgaben um rund 250 Millionen Franken. Parallel dazu nahm der Personalbestand um 224 Vollzeitstellen zu. Dies zeigt, dass die zusätzlichen finanziellen Mittel nicht einfach zu höheren Überschüssen führen, sondern auch in den Ausbau staatlicher Leistungen und die Bewältigung wachsender Aufgaben investiert werden. Die Mitte-Fraktion anerkennt die damit verbundenen zusätzlichen Leistungen für die Bevölkerung, erwartet aber, dass Ausgaben- und Stellenwachstum kritisch hinterfragt und auf das notwendige Mass beschränkt werden. Gute Rechnungsabschlüsse sind kein Grund zur Sorglosigkeit. Die Herausforderungen in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Bildung und Sicherheit bleiben gross. Gleichzeitig bestehen weiterhin Unsicherheiten im geopolitischen und wirtschaftlichen Umfeld sowie mögliche finanzielle Auswirkungen von Entscheidungen auf Bundesebene. Umso wichtiger ist es, dass der Kanton auch künftig an einer verantwortungsvollen Finanzpolitik festhält, Prioritäten setzt und den finanzpolitischen Spielraum gezielt nutzt. Positiv sind auch die weiterhin hohen Investitionen. Mit Nettoinvestitionen von knapp 280 Millionen Franken werden wichtige Grundlagen für die zukünftige Entwicklung unseres Kantons geschaffen. Investitionen in Infrastruktur, Bildung und öffentliche Einrichtungen stärken den Standort Luzern und kommen künftigen Generationen zugute. Entscheidend bleibt jedoch, dass diese Investitionen sorgfältig priorisiert und nachhaltig finanziert werden. Für die Mitte ist klar: Eine verlässliche und wirtschaftsfreundliche Standortpolitik bleibt entscheidend, damit der Kanton Luzern auch künftig erfolgreich ist und genügend Mittel für zentrale staatliche Aufgaben erwirtschaften kann. Dazu gehören eine gezielte Förderung des Wirtschaftsstandorts, eine sinnvolle Verwendung der Einnahmen aus der OECD-Mindestbesteuerung sowie die Weiterentwicklung der Steuerstrategie mit besonderem Augenmerk auf den Mittelstand. Die Mitte-Fraktion dankt dem Regierungsrat sowie allen Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung für die engagierte und erfolgreiche Arbeit im Jahr 2025. Wir treten auf die Vorlage ein und werden den Jahresbericht 2025 sowie den Bericht über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie genehmigen. Die sechs Anträge der PFK auf Nichtabschreibung der Postulate M 1060 von Laura Spring, P 849 von Priska Häfliger-Kunz, P 1101 von Rahel Estermann, P 125 von Gisela Widmer Reichlin, P 617 von Guido Roos sowie P 289 von Mario Cozzioo werden wir unterstützen und verzichten in der Detailberatung auf weitere Wortmeldungen zu diesen Anträgen.

Für die SVP-Fraktion spricht Roland Küng.

Roland Küng: Vorab ein herzliches Dankeschön an die Regierung und die Verwaltung für die sorgfältige Ausarbeitung der Botschaften B 94a und B 94b. Die geleistete Arbeit bildete eine wertvolle Grundlage für die weiteren Beratungen. Die SVP-Fraktion tritt auf Vorlage ein. Wir tun dies mit dem Anspruch, den Bericht so zu lesen, wie er gelesen werden sollte: sorgfältig, kritisch und mit Blick auf die Menschen in unserem Kanton, die mit ihren Steuergeldern diesen Staat finanzieren. Gerne beginne ich mit dem Erfreulichen. Der Kanton Luzern schliesst das Jahr 2025 mit einem Ertragsüberschuss von 338 Millionen Franken ab. Das Budget hatte noch ein Defizit von 31 Millionen Franken vorgesehen. Das Nettovermögen des Kantons ist von 455 Millionen auf 812 Millionen Franken gestiegen. Die Schuldenbremse ist eingehalten – das statistische Ausgleichskonto weist per Ende 2025 einen soliden Saldo von 1,66 Milliarden Franken aus. Diese Entwicklung ist gut und wir anerkennen, dass die kantonale Steuerpolitik der vergangenen Jahre die richtige war. Das Ergebnis beruht aber ganz wesentlich auf zwei Faktoren, die nicht planbar waren: Der Fiskalertrag übertraf das Budget um 239 Millionen Franken, das sind 13 Prozent mehr Steuereinnahmen als erwartet. Dazu kommt die ausserordentliche SNB-Gewinnausschüttung von 96 Millionen Franken. Das zeigt, dass der Kanton Luzern in einem wirtschaftlich starken

Umfeld operiert – das ist erfreulich, und wir nehmen es positiv zur Kenntnis. Wir erwarten jedoch, dass diese Mittel gezielt und nachhaltig eingesetzt werden und nicht als Selbstläufer in den laufenden und zukünftigen Rechnungen verschwinden. Auf der Aufwandseite zeigt der Bericht ein gemischtes Bild. Positiv: Der Personalaufwand blieb mit 791 Millionen Franken um 2,3 Millionen Franken unter Budget. Auch der Transferaufwand von 2,68 Milliarden Franken liegt 45 Millionen Franken unter dem Budget. Das zeigt Zurückhaltung in einzelnen Bereichen – und das verdient Anerkennung. Weniger erfreulich ist der Sach- und Betriebsaufwand: Er übertraf das Budget um fast 16 Millionen Franken, ein Plus von 5,7 Prozent – ein Posten, der haushälterisch besser im Griff sein müsste. Beim Personalbestand zeigt sich eine Entwicklung, die uns beschäftigt: Die Kernverwaltung des Kantons zählt heute 5536 Vollzeitstellen, 7 mehr als budgetiert und 225 mehr als noch 2024. Für die SVP gilt ein klarer Grundsatz: Das staatliche Wachstum darf das Wachstum der Wirtschaft nicht übersteigen. Eine Verwaltung, die Jahr für Jahr wächst, bindet Ressourcen, die der Bevölkerung direkt zugutekommen könnten. Wir fordern den Regierungsrat auf, diesen Trend zu bremsen und die vom Parlament beschlossenen Massnahmen konsequent umzusetzen. Der Bericht zur öffentlichen Sicherheit zeigt ein erfreuliches Grundbild: Die Bevölkerung des Kantons Luzern fühlt sich mehrheitlich sicher. Das ist ein Verdienst unserer Polizei, der wir dafür ausdrücklich danken. Doch der Bericht macht ebenso deutlich, dass der Druck auf die Luzerner Polizei massiv zunimmt: Cyberkriminalität nimmt stark zu, organisierte Kriminalität breitet sich aus – auch über clanähnliche Strukturen im Kleingewerbe –, und Anlassbegleitungen werden aufwendiger. Auch die globale Sicherheitslage wirkt sich auf unser Kantonsgebiet aus. Der Bericht hält klar fest, dass bei den personellen Ressourcen und der polizeilichen Infrastruktur Handlungsbedarf besteht – eine unmissverständliche Aussage, die wir ernst nehmen. 2025 wurden dem Kanton Luzern rund 1300 Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich zugewiesen, durchschnittlich 108 Personen pro Monat. Die vom Regierungsrat ausgerufene Notlage bei der Unterbringung wurde per 31. Dezember 2025 formal beendet. Doch der Bericht hält im gleichen Atemzug fest, dass aufgrund anhaltender Volatilität bis auf Weiteres die besondere Lage gilt – das ist kein Ende der Notlage, sondern eine Umbenennung. Der Bericht selbst bezeichnet die berufliche Integration dieser Personen als «sehr grosse Herausforderung für die kommenden Jahre»: Gemäss Integrationsagenda Schweiz dauert dieser Prozess bis zu sieben Jahre pro Person, bei vielen Asylsuchenden sogar zehn Jahre und länger. Bei anhaltend hohen Zuweisungszahlen ist das eine Daueraufgabe, die den Kanton Luzern auf Jahre hinaus personell und finanziell belastet – die Gemeinden und ihre Bürgerinnen und Bürger sehen schon heute, wie rasch die Sozialkosten in den Budgets ansteigen. Auch im Gesundheitsbereich zeichnet sich eine besorgniserregende Entwicklung ab: Der Bericht hält fest, dass neue Medikamente zu Behandlungskosten von über 1 Million Franken pro Person führen können – Kosten, die für den Kanton kaum planbar sind. Dazu kommen steigende stationäre Tarife mit enormen Kostenfolgen, die der Kanton laut eigenem Bericht nicht beeinflussen kann, sowie ab 2028 die einheitliche Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen (EFAS): Der Bund schreibt vor, die Kantone bezahlen. Wer diese Kostenspirale nicht aktiv bremst, wälzt die Last auf die Steuerzahlenden ab. Der Kanton hat 2025 rund 20 Millionen Franken in Energieförderprojekte investiert. Ob das die effizienteste Form der Energiepolitik ist oder primär ideologischen Zielen folgt, darf hinterfragt werden: Subventionen schaffen Abhängigkeiten und verzerren Marktanreize. Auch im Bildungsbereich gibt der Bericht Anlass zur Sorge – und er benennt eine Ursache, die in der politischen Debatte oft ausgeblendet wird: Die wachsende Heterogenität der Schülerschaft hinsichtlich Herkunft und sprachlicher Voraussetzungen. Die Position «fremdsprachige Lernende» kostet den Kanton allein 27 Millionen Franken jährlich, und die integrative Sonderschulung (IS) verzeichnet laut Bericht eine höhere Fallzahl als budgetiert – mit entsprechenden Mehrkosten. Diese Entwicklung ist kein Zufall, sondern auch die direkte Folge der anhaltenden Zuwanderung, die zunehmend auch die Schulen vor immer komplexere Integrationsaufgaben stellt. Der Bericht hält selbst fest, dass die Heterogenität der Lernenden weiter zunehmen und zusätzliche Unterstützungsmassnahmen erfordern wird. Gleichzeitig fehlen qualifizierte Lehrpersonen, sinkt die Arbeitsplatzattraktivität, und der

Bericht warnt selbst vor einer «Deprofessionalisierung» durch Forderungen nach verkürzten Ausbildungen – ein Teufelskreis, den der Regierungsrat bisher nicht durchbrochen hat. Fazit: Der Jahresbericht 2025 zeigt einen Kanton, der finanziell solide dasteht und in mehreren Bereichen Zurückhaltung bewiesen hat – das ist erfreulich und verdient Anerkennung. Gleichzeitig zeigt der Bericht ebenso deutlich, dass strukturelle Herausforderungen im Gesundheitswesen, in der Bildung, beim Personalwachstum und im Asylbereich nicht von selbst verschwinden. Die SVP-Fraktion wird diese Entwicklungen kritisch begleiten und fordert, dass der heutige finanzielle Spielraum genutzt wird, um morgen nicht vor unliebsamen Überraschungen zu stehen. Luzern kann auf einem guten Fundament aufbauen – es liegt an uns, dieses verantwortungsvoll zu nutzen. Die SVP-Fraktion tritt auf den Jahresbericht ein – mit Anerkennung für das, was gut ist, und mit klaren Erwartungen für das, was besser werden muss. Der Vorlage zum Jahresbericht 2025 werden wir trotz der aufgezeigten Mängel zustimmen – nicht aus Begeisterung, sondern weil die Zahlen stimmen und Zustimmung kein Freipass für Stillstand ist. Wir erwarten vom Regierungsrat, dass die offenen Baustellen nun konsequent angegangen werden.

Für die FDP-Fraktion spricht Beat Tanner.

Beat Tanner: Die FDP-Fraktion dankt dem Finanzdepartement und seinen Mitarbeitenden sowie allen weiteren Departementen für den übersichtlich und sorgfältig erarbeiteten Jahresbericht 2025. Die Jahresrechnung 2025 ist ein starkes Signal: Luzern steht finanziell ausgezeichnet da. Statt des budgetierten Defizits aus dem ergänzten Budget von 31,3 Millionen Franken resultiert ein Ertragsüberschuss von 338,2 Millionen Franken. Und dies nicht zum ersten Mal, sondern bereits zum achten Mal in Folge. Das ist kein Zufall, sondern Ausdruck einer erfolgreichen und verlässlichen bürgerlichen Finanzpolitik. Besonders erfreulich ist der hohe Selbstfinanzierungsgrad von 175,7 Prozent. Er zeigt, dass Luzern seine Investitionen aus eigener Kraft finanzieren kann und kein Fremdkapital aufnehmen muss. Der Kanton lebt nicht auf Kosten kommender Generationen, sondern schafft heute die finanzielle Basis für morgen. Von dieser Politik profitiert die Luzerner Bevölkerung ganz konkret. Gute Staatsfinanzen schaffen Spielraum für gezielte Entlastungen bei den Steuern, für eine wirksame Prämienverbilligung, für Investitionen in gute Schulen, in die öffentliche Sicherheit und in eine leistungsfähige Infrastruktur. Gleichzeitig sichern sie stabile Rahmenbedingungen für Unternehmen und Arbeitsplätze. Davon profitieren Familien, der Mittelstand, die Gemeinden und die Wirtschaft gleichermassen. Diese Zahlen sind kein Zufall. Sie sind das Ergebnis einer Politik, die auf Wettbewerbsfähigkeit, attraktive Rahmenbedingungen und unternehmerische Freiheit setzt. Luzern zeigt: Wer den Standort stärkt, stärkt am Ende auch die Staatsfinanzen. Besonders bemerkenswert ist die Entwicklung bei den Unternehmenssteuern. Die Steuererträge der juristischen Personen liegen um 85,5 Millionen Franken über Budget. Seit 2016 haben sich diese Erträge nahezu vervierfacht. Das ist ein eindrücklicher Beleg für die hohe Standortattraktivität des Kantons Luzern und für die erfolgreiche wirtschaftspolitische Ausrichtung der vergangenen Jahre. Unternehmen schaffen Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Wohlstand – und sie leisten einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens. Gerade diese sehr guten Ergebnisse verpflichten uns aber auch zur Vorsicht. Ein wesentlicher Teil der Mehreinnahmen stammt aus ausserordentlichen und volatilen Quellen: aus besonders hohen Gewinnsteuern von Unternehmungen, aus höheren Grundstückgewinn- und Handänderungssteuern, die rund 46 Millionen Franken über Budget liegen, sowie aus Ausschüttungen der SNB. Solche Erträge sind erfreulich – aber sie sind nicht verlässlich planbar, und meistens nicht nachhaltig. Diese Erträge können so schnell wieder zurückgehen, wie sie gekommen sind und sind deshalb nicht nachhaltig. Wer in guten Jahren so tut, als seien ausserordentliche Einnahmen für immer da, betreibt keine Finanzpolitik, sondern Wunschdenken. Und genau deshalb wäre es falsch, solche temporären Mehreinnahmen für den dauerhaften Ausbau staatlicher Leistungen oder für neue wiederkehrende Ausgaben in Konsum einzusetzen. Wer heute mit Einmaleffekten neue Strukturen finanziert, schafft Verpflichtungen für morgen – ohne zu wissen, ob die Mittel dann noch vorhanden sind. Die grössten Fehler werden oft in guten Zeiten gemacht. Für die FDP-Fraktion ist klar: Nicht nachhaltige Mehreinnahmen gehören in

Investitionen und in die Stärkung der finanziellen Widerstandskraft des Kantons und nicht in den Konsumaufwand. Investitionen in Bildung, Sicherheit, den öV und die Infrastruktur stärken Luzern langfristig. Sie schaffen einen nachhaltigen Nutzen für Bevölkerung und Wirtschaft und sichern die Wettbewerbsfähigkeit unseres Kantons auch in anspruchsvolleren Zeiten. Mit Sorge nimmt die FDP-Fraktion deshalb das anhaltend starke Ausgabenwachstum in der Erfolgsrechnung zur Kenntnis. Gleichzeitig zeigen die Finanzperspektiven, dass bereits ab 2028 wieder Aufwandüberschüsse drohen. Die erfreulichen Rechnungsabschlüsse der vergangenen Jahre dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die kantonalen Ausgaben seit Längerem überdurchschnittlich wachsen. Besonders deutlich zeigt sich dies im Vergleich zur wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung: Während die Schweizer Wirtschaft seit 2020 real um rund 14 Prozent gewachsen ist und die Bevölkerung des Kantons Luzern seit 2020 lediglich um rund 5 Prozent zugenommen hat, stiegen der Personalaufwand um 27 Prozent, der Sach- und Betriebsaufwand um 31 Prozent sowie der Transferaufwand um 26 Prozent. Die Aufwandentwicklung übersteigt damit sowohl das Wirtschaftswachstum als auch das Bevölkerungswachstum deutlich. Diese Entwicklung ist langfristig nicht nachhaltig. Umso wichtiger ist es, jetzt finanzpolitische Disziplin zu wahren. Die vom Kantonsrat im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) ab 2027 gesetzten Wachstumsziele müssen konsequent eingehalten werden. Denn entscheidend ist nicht, wie viel Geld in guten Jahren zusätzlich eingenommen wird. Entscheidend ist, ob der Kanton auch dann finanziell handlungsfähig bleibt, wenn sich das wirtschaftliche Umfeld wieder eintrübt. Die beste Sozialpolitik ist auf Dauer nur mit soliden Finanzen möglich. Die beste Standortpolitik ist eine Finanzpolitik, die Mass hält. Und die beste Politik für den Mittelstand ist eine Politik, die Überschüsse nicht sofort wieder ausgibt, sondern Spielraum für Entlastungen schafft. Wir danken dem Regierungsrat zudem, dass im Rechnungsabschluss keine nicht bewilligten Kreditüberschreitungen im Aufwand mehr ausgewiesen werden, anders als noch im Vorjahr. Auch die Haltung der Regierung bei den Nachtragskrediten hat sich verbessert. Die beiden Punkte sind aus unserer Sicht Fraktion ein wichtiges Signal für mehr finanzpolitische Disziplin und für den Respekt gegenüber den Budgetkompetenzen des Kantonsrates. Die FDP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und genehmigt den Jahresbericht 2025 sowie den Bericht über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie. Bei den Abschreibungen von Motionen und Postulaten folgen wir den Beschlüssen der PFK. Luzern steht heute finanziell stark da. Entscheidend ist nun, aus einem sehr guten Jahr nicht falsche Schlüsse zu ziehen. Wer den Wohlstand von morgen sichern will, muss heute Mass halten, Prioritäten setzen und in die Zukunft investieren, statt den Staat immer weiter auszubauen.

Für die SP-Fraktion spricht Simone Brunner.

Simone Brunner: Da Priska Fleischlin heute abwesend ist, spreche ich als Ersatzmitglied der PFK zum Jahresbericht. Wir blicken heute auf einen Jahresbericht 2025 zurück, der einen Ertragsüberschuss von 338,2 Millionen Franken ausweist – den achten positiven Abschluss in Folge. Die SP fragt sich: Wer profitiert davon? Und wer nicht? Beim genaueren Hinschauen zeigt sich: Hinter den glänzenden Zahlen der Erfolgsrechnung verbergen sich alarmierende gesellschaftliche Realitäten. Das Leben wird laufend teurer, bezahlbarer Wohnraum wird knapper, und die Krankenkassenprämien kennen seit Jahren nur eine Richtung – nach oben. Gleichzeitig verändert sich der Arbeitsmarkt rasant, die globalen Unsicherheiten nehmen zu, und die Belastung im Alltag steigt. Die Chancengerechtigkeit in Bildung und Gesellschaft steht unter Druck, die soziale Absicherung gerät zunehmend an ihre Grenzen, und auch beim Klimaschutz besteht erheblicher Handlungsbedarf, die aktuellen Hitzetage zeigen es. Die Bevölkerung erwartet zu Recht Antworten auf diese Herausforderungen – denn der 1. Platz bei den Unternehmenssteuern und ein weiterer Rekordüberschuss bezahlen keine Krankenkassenprämien, schaffen keinen bezahlbaren Wohnraum und verbessern noch keine Bildungschancen. Ein Blick in die einzelnen Aufgabenbereiche zeigt jedoch, dass die vorhandenen Mittel vielerorts nicht dort ankommen, wo sie dringend gebraucht würden. Die Situation im Gesundheitsbereich ist sehr herausfordernd. Trotzdem schliesst die Hauptaufgabe H4 um 2,9 Millionen Franken besser ab als budgetiert. Was die Regierung als Verbesserung deklariert, kann und muss aus Sicht der SP-Fraktion aus einer

anderen Perspektive betrachtet werden: Die Versorgungssicherheit ist in vielen Bereichen des Gesundheitswesens unzureichend – von einer Verbesserung kann also keine Rede sein. Es ist unverständlich, dass bei der Umsetzung der Pflegeinitiative die Mittel nicht vollständig ausgeschöpft wurden, während der Fachkräftemangel im Gesundheitsbereich nach wie vor viele Herausforderungen mit sich bringt. Während Jugendliche monatelang auf Therapieplätze warten, verzögern sich Projekte wie das Traumazentrum für Geflüchtete. Auch in der Psychiatrie und der Rehabilitation verzeichnen wir sogenannte Minderaufwände aufgrund von Mengenabweichungen – das Geld ist vorhanden, die Leistungen kommen jedoch nicht bei den Menschen an. Dieses Muster zeigt sich bei Weitem nicht nur im Gesundheitsbereich, sondern auch in anderen zentralen Aufgabenbereichen aus dem Jahresbericht. Das nächste Beispiel ist der Bereich Klima und Energie. Der sehr wichtige Indikator in Bezug auf die Reduktion der Treibhausgasemissionen im Bereich Verkehr zeigt keinen Fortschritt. Der Zielwert wurde massiv verfehlt. Eine leistungsfähige Mobilität mit Velorouten und Busbeschleunigung ist dringend zu realisieren. Ähnlich problematisch präsentiert sich die Situation im Bildungsbereich, wo sich die Folgen ungenügender zielgerichteter Investitionen besonders deutlich zeigen. In der Bildung liegt Luzern bei der Frage, wie viele Jugendliche am Ende der Volksschule die Grundkompetenzen in Mathematik erreichen, auf dem letzten Platz der ganzen Schweiz. Besonders alarmierend ist, dass vor allem Jugendliche aus bildungsfernen Schichten, aus fremdsprachigen Haushalten oder mit Migrationshintergrund davon betroffen sind. Der Kanton Luzern erreicht die Bildungsziele in diesem Bereich nicht. Das zeigt deutlich, dass die Bildungsgerechtigkeit im Kanton Luzern nicht gegeben ist. Mit diesen Beispielen aus Gesundheit, Klima und Bildung und weiteren, von Roland Küng genannten gesellschaftlichen Herausforderungen kommen wir zum Fazit der SP-Fraktion zum Jahresbericht. Das Geld ist da. Das zeigt der aktuelle Jahresabschluss wie auch schon die vergangenen, aber auch die vorliegenden Hochrechnungen für dieses Jahr. Investitionen sind teilweise eingeplant, kommen aber in verschiedenen Bereichen aus unterschiedlichen Gründen nicht bis zur Bevölkerung. Die unmittelbare Folge davon ist ein sehr positiver Jahresabschluss. Dieser wiederum dient den bürgerlichen Parteien als Argument für Steuersenkungen. Der Steuerfuss wurde per 1. Januar 2026 gesenkt, für das Jahr 2027 sind weitere geplant. Was bedeuten Steuersenkungen? Eine Reduktion der Einnahmen. Die gleichen Parteien verweisen dann auf knappe finanzielle Mittel und dass man gut haushalten müsse. Es ist eine künstliche Verknappung von Geldern, die dringend notwendig wären für Leistungen zugunsten der Bevölkerung. So wird ein finanzpolitischer Alarmismus befeuert, der für die SP nicht nachvollziehbar ist. Der Jahresbericht weist einen Ertragsüberschuss von rund 338 Millionen Franken und Nettovermögen von rund 810 Millionen Franken aus. Die Schuldenbremse wird eingehalten, und das statistische Ausgleichskonto weist einen Saldo von 1662 Millionen Franken auf. Trotzdem sind die Mittel knapp und Sie fahren mit dem Rasenmäher über die für die Bevölkerung notwendigen Leistungen. Die Diskussion über den Jahresbericht ist nicht nur eine Rückschau auf das Jahr 2025, sondern auch richtungsweisend für die finanzpolitischen Entscheidungen der kommenden Jahre. Die erste Hochrechnung des Kantons Luzern für das Jahr 2026 weist einen voraussichtlichen Gewinn von rund 305 Millionen Franken aus. Auch das ist ein Indikator: Der Kanton Luzern hat die finanziellen Mittel. Jetzt braucht es den politischen Willen, diese zielgerichtet zugunsten der Bevölkerung zu investieren. Für den kommenden Voranschlag beziehungsweise den AFP erwarten wir deshalb, dass ausreichend Personal eingeplant wird, damit notwendige Investitionen zugunsten der Bevölkerung tatsächlich umgesetzt werden können, beispielsweise in den Bereichen Klima und Energie oder Gesundheit. Zudem braucht es genügend finanzielle Mittel, um die Versorgungssicherheit und eine hohe Qualität der öffentlichen Leistungen in zentralen Lebensbereichen wie Gesundheit, Bildung, Klimaschutz und sozialer Sicherheit langfristig zu gewährleisten. Wir fordern für den kommenden AFP eine realistische Budgetierung insbesondere der Steuereinnahmen, statt eine künstliche Verknappung der öffentlichen Mittel. Die SP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und wird den Jahresbericht genehmigen. Nicht, weil wir mit der politischen Interpretation einverstanden sind, sondern weil die formalen Kriterien und Anforderungen aus unserer Sicht erfüllt wurden.

Für die Grüne Fraktion spricht Eva Lichtsteiner.

Eva Lichtsteiner: Aufgrund der bereits gehörten Voten verzichte ich auf das Wiederholen der Zahlen zur Ausgangslage und somit auf meinen ersten Abschnitt, vielleicht einfach die wichtigste Zahl auch aus unserem Mund: Der Kanton Luzern schliesst 2025 mit einem Ertragsüberschuss von 338,2 Millionen Franken ab, ein Rekord. Das ist erfreulich. Wir nehmen zur Kenntnis, dass gerade die höheren Steuererträge bei den juristischen und natürlichen Personen zu einem weiteren erfolgreichen Abschluss führten – nebst der Ausschüttung der SNB und der Budgetdisziplin in der Verwaltung. Werden wir konkreter, ich fokussiere mich auf einzelne Punkte: Uns freut besonders, dass beispielsweise alle Indikatorenziele in den Bereichen Naturgefahren und Wasserbau erreicht oder fast erreicht wurden. Positiv zu erwähnen ist ausserdem die Reduktion der Treibhausgasemissionen im Sektor Gebäude. Dieser Zielwert wurde 2025 sogar übertroffen. Leider gilt dies für andere Sektoren nicht, womit ich bei den problematischen Entwicklungen angelangt bin, die der vorliegende Jahresbericht ebenfalls aufzeigt. Es wiederholen sich nämlich nicht nur die positiven Abschlüsse, sondern auch Aussagen zu den nicht erfüllten Aufgaben: Für uns Grüne ist es sehr bedenklich, dass viele Zielwerte bei der Reduktion der Treibhausgasemissionen verfehlt wurden, teils massiv. In den Sektoren Industrie 7 statt 16 Prozent, Abfall gar keine Verbesserung und Landwirtschaft 4 statt 8 Prozent konnten die Zielwerte nicht erreicht werden. Das Gleiche gilt auch für die Reduktion der Treibhausgasemissionen im Sektor Verkehr, die leider ebenfalls stagniert. Auch hier werden die Ziele nicht erreicht, was verdeutlicht, wie wichtig es ist, den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel weiter voranzutreiben. Dass dies auf die Velowege erst recht zutrifft, versteht sich von selbst. Auch beim Bio-Landbau, bei den Lärmschutzmassnahmen oder bei der Phosphor-Konzentration der Mittellandseen sind wir nicht auf Kurs. Eines der wichtigsten Fazits für die Grüne Fraktion ist: Umweltziele werden insgesamt oft – und zwar trotz guter finanzieller Lage – massiv verfehlt. Dies zeigt einmal mehr, dass die finanzielle Situation alleine noch nicht reicht, um die Soll-Werte zu erreichen. Und wir hoffen, dass nicht nur wir Grüne uns mit Bestimmtheit dafür einsetzen werden, dies künftig zu ändern. Erlauben Sie mir folgende Bemerkung: Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben oft die finanzielle Unsicherheit, die Volatilität, betont, die es zu berücksichtigen gilt. Ja, das stimmt. Deswegen möchten wir betonen: Gerade im Verfehlen von Umweltzielen kaufen wir uns Unsicherheit in hohem Ausmass ein. Denn wenn wir dort die Ziele Jahr um Jahr verfehlen, erhöhen wir die Wahrscheinlichkeit deutlich, dass gerade in diesem Bereich die Kosten unberechenbarer steigen werden für das, was wir jetzt alles nicht erreichen. Planbarkeit wird dadurch schwieriger, die Volatilität höher. Ganz geschweige davon, dass wir hier nicht nur von Zahlen reden, sondern von unserer Lebensgrundlage. Im Jahresbericht werden auch gesellschaftliche Entwicklungen erwähnt wie etwa die steigende Arbeitslosigkeit oder die Zunahme von Cyberdelikten. Dies führt mich zum Ausblick, der mit dem Jahresbericht auch immer einhergeht. Wir sehen also insgesamt: Trotz des positiven Abschlusses sind die Herausforderungen nicht kleiner geworden. Wir brauchen vorausschauende und nachhaltige Investitionen, welche der breiten Bevölkerung dienen und unseren Kanton unter anderem bei den Themen der Mobilitätswende, Klimaanpassungen, Biodiversität, digitaler Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit voranbringen. Das gilt zum Beispiel auch für bezahlbaren Wohnraum. Wer profitiert also von der positiven finanziellen Situation des Kantons, die sich laut Prognose weiterziehen wird? Gerne verweisen wir einmal mehr darauf, dass tiefe Steuern nicht der einzige Standortfaktor sind, die einen Kanton lebenswert machen. Gerade im Hinblick auf die Standortförderung und die neue Spitzenposition bei den Unternehmenssteuern – Zug haben wir ja inzwischen überholt – betonen wir gerne mit Nachdruck, dass wir die soeben genannten Bereiche konsequenter angehen müssen. Dafür werden wir uns im nächsten AFP und auch im Rahmen der Vernehmlassung zum Finanzleitbild gerne einsetzen – um beispielsweise eine Entlastung des Mittelstandes zu erzielen, worin wir uns grundsätzlich einig sind. Wir danken der Regierung und der Verwaltung für die Erstellung der umfassenden Botschaft – und dem gesamten Personal für seine Arbeit. Die Grüne Fraktion tritt auf die

Vorlage ein und wird ihr zustimmen. Die PFK-Anträge auf Nichtabschreibung werden wir unterstützen. Ich werde mich nachher nicht nochmals dazu äussern.

Für die GLP-Fraktion spricht Ursula Berset.

Ursula Berset: Der Kanton Luzern darf auf ein finanziell erfolgreiches Jahr zurückblicken. Statt eines budgetierten Defizits von 24 Millionen Franken weist der Kanton einen Überschuss von rund 340 Millionen Franken aus. Das ist nun das achte Jahr in Folge mit einem Überschuss. Das ist zum einen möglich geworden, weil auf der Ausgabenseite das Budget nicht ganz ausgeschöpft wurde. Das zeugt sicher von einer guten Ausgabendisziplin der Verwaltung und von einer sorgfältigen Planung der Ausgabenpositionen. Die GLP-Fraktion dankt an dieser Stelle der Finanzverwaltung für die saubere Führung der Prozesse und den zuständigen Personen in den Dienststellen für ihre Ausgabendisziplin. Auf der anderen Seite zeigt der Geschäftsbericht auf, dass unsere politischen Aufträge in einigen Bereichen nicht vollständig umgesetzt wurden. Das sieht man daran, dass die Investitionskosten in einzelnen Bereichen deutlich tiefer als geplant ausfallen. Man sieht es auch an den Kennzahlen zu den Treibhausgasen, dass die Klimaziele an vielen Stellen klar verfehlt wurden. Die geplante Reduktion des Treibhausgas-Ausstosses konnte nur bei den Gebäuden erreicht werden. Bei der Industrie, der Abfallentsorgung und beim Verkehr blieben die Reduktionen unter dem Plan, bei der Landwirtschaft haben sie sich sogar verschlechtert. Wir Grünliberalen schliessen uns der Forderung der Grünen an und erwarten, dass hier entschlossener gehandelt wird. Der Hauptgrund für den hohen Überschuss liegt jedoch nicht beim Aufwand, sondern auf der Ertragsseite. Die Einnahmen liegen um 355 Millionen Franken über Budget. Ein Teil davon, knapp 100 Millionen Franken, ist auf die Ausschüttung der SNB zurückzuführen. Diese wurde richtigerweise nicht budgetiert, weil die vergangenen Jahre deutlich gemacht haben, dass die Kantone sich nicht auf eine Ausschüttung verlassen können. Wir unterstützen die Strategie des Regierungsrates, die SNB-Ausschüttungen auch in Zukunft nicht zu budgetieren und das Geld von der Nationalbank, wenn es denn kommt, für den Abbau von Schulden einzusetzen respektive für künftige Investitionen auf die Seite zu legen. Gleichzeitig zeigt sich aber auch, dass die Steuererträge sehr konservativ budgetiert wurden, zumindest aus der heutigen Perspektive. Eine zurückhaltende Budgetierung ist aus unserer Sicht aus taktischen Gründen sinnvoll, um nicht unnötig Begehrlichkeiten zu wecken und das Parlament nicht zu einem Ausgabentaumel zu verleiten. Auf der anderen Seite müssen wir uns auch bewusst sein, dass die Märkte, in denen unsere Firmen verkehren, von einer hohen Volatilität und Unsicherheit geprägt sind und heutige Gewinne morgen schnell geschmolzen sein können. In der Rechnung 2025 sind zum Beispiel hohe Steuernachträge aus weiter zurückliegenden Jahren enthalten, die von ein paar wenigen Unternehmen stammen. Hier gilt es weiterhin vorsichtig zu sein. Aber vorerst dürfen wir uns über einen hohen Überschuss freuen und so wie die Hochrechnung aussieht, dürfen wir auch im aktuellen Jahr mit einem satten Überschuss von 300 Millionen Franken rechnen. Damit stellt sich die Frage: Was machen wir mit diesem finanziellen Spielraum? Aus Sicht der GLP sollten die Mittel nur dort eingesetzt werden, wo sie einen nachhaltigen Nutzen schaffen, ohne den Staatshaushalt als Ganzes unnötig aufzublähen. Aus Sicht der GLP gibt es drei Bereiche, in denen zusätzliche Investitionen besonders sinnvoll sind: die Digitalisierung der Verwaltung und der staatlichen Dienstleistungen. Eine moderne Mobilitätsinfrastruktur mit leistungsfähigem öffentlichem Verkehr und sicheren Veloverbindungen sowie die Stärkung des Innovations- und Technologiestandorts Luzern. Wir sprechen hier von gezielten Investitionen. Wir sind uns bewusst, dass wir nicht in eine Ausgabeneuphorie verfallen dürfen. Wir erinnern uns, in der Sparphase des Kantons wurden an verschiedenen Stellen Dinge abgeschnitten, die wir wieder korrigieren müssen. Nicht zuletzt im Bildungsbereich. Auch im Sicherheitsbereich müssen wir uns mit einigen Herausforderungen beschäftigen. Es kommen also noch grössere Posten auf uns zu, die wir tragen werden müssen. Auch wenn sich die Steuereinnahmen des Kantons und der Gemeinden insgesamt positiv entwickeln, so zeigt der Jahresbericht auch auf, dass sich die Disparitäten im Finanzpotenzial der Gemeinden weiter erhöht haben. Aus Sicht der Grünliberalen müssen wir diese Entwicklung aufmerksam verfolgen. Es kann nicht in unserem Interesse sein, wenn sich die finanzielle Schere zwischen einzelnen Regionen und Gemeinden

weiter öffnet. Der Kanton hat 2025 einen grossen Überschuss erzielt und wird voraussichtlich auch das aktuelle Jahr in der gleichen Grössenordnung abschliessen. Diese gute finanzielle Ausgangslage eröffnet Chancen. Diese sollten wir nutzen, um dort zu investieren, wo sie den grössten langfristigen Nutzen für Bevölkerung, Wirtschaft und insbesondere kommende Generationen schaffen. Genau darin sehen die Grünliberalen den Auftrag einer nachhaltigen Finanzpolitik. Die GLP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und wird den Jahresbericht 2025 sowie den Bericht über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie genehmigen. Den sechs Anträgen der PFK auf Nichtabschreibung stimmen wir zu.

Sabine Heselhaus: Der AFP zeigt einmal mehr ein bekanntes Muster: Wir sind bereit, viel Geld für die Bewältigung von Problemen auszugeben, aber deutlich weniger für deren Vermeidung. Wir diskutieren steigende Gesundheitskosten, investieren aber vergleichsweise wenig in wirksame Primärprävention. Dabei wissen wir längst, dass Umweltschutz, Ernährung, Bewegung und Gesundheitskompetenz zu den wirksamsten Hebeln überhaupt gehören. Wir diskutieren die Belastung unserer Gewässer, Böden und der Luft. Gleichzeitig gelingt es uns seit Jahren nicht, die Ammoniak- und Phosphorproblematik wirksam zu lösen. Die Zielwerte werden regelmässig verfehlt, während die Kosten für Umwelt- und Gewässerschäden langfristig weiter steigen. Wir diskutieren über per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS), Pestizide, Arzneimittelrückstände und Mikroschadstoffe, verfügen aber vielerorts noch immer nicht über die Datengrundlagen für eine vorausschauende Politik. Wer Risiken früh erkennen will, muss auch bereit sein, in Monitoring und Transparenz zu investieren. Wenn wir über eine nachhaltige Finanzpolitik sprechen, dann bedeutet das nicht nur ausgeglichene Rechnungen. Nachhaltige Finanzpolitik bedeutet auch, die natürlichen Lebensgrundlagen, die Gesundheit der Bevölkerung und die Versorgungssicherheit so zu schützen, dass zukünftige Generationen nicht die Rechnung für unser Nichthandeln bezahlen müssen.

Für das Kantonsgericht spricht Kantonsgerichtspräsident Patrick Müller.

Patrick Müller: Um die Diskussion nicht unnötig zu verlängern, verweise ich auf das Votum des PFK-Präsidenten Ruedi Amrein. Ich möchte lediglich betonen, dass das Jahr 2025 der Luzerner Justiz von hoher Belastung, wachsender Verfahrenskomplexität und fortschreitender Digitalisierung geprägt war, aber finanziell gleichzeitig unter dem Budget abgeschlossen werden konnte. Für Fragen stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Gerne nehme ich zu einigen aufgeworfenen Fragen Stellung. Wichtig ist, uns die Hintergründe für die positive Entwicklung im Rahmen des Jahresberichts 2025 vor Augen zu halten. Bei den laufenden Steuererträgen haben wir eine Punktlandung erzielt. Es kann also nicht die Rede von einer zurückhaltenden Budgetierung sein. Bei den Steuererträgen aus vergangenen Jahren können wir aussergewöhnlich hohe Nachträge ausweisen. Das geht aber teilweise über etliche Jahre zurück und ist in dieser Art kaum zu budgetieren. Hinzu kommt die Gewinnausschüttung der SNB. Das zur Einordnung des erfreulichen Überschusses. Sie haben sich kritisch zum Wachstum geäussert. Der Regierungsrat hat die Hinweise aus dem letzten Herbst zur Kenntnis genommen und wird Ihnen im Rahmen der bevorstehenden AFP-Debatte im Herbst einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten. Roland Küng hat den Sachaufwand angesprochen. Das ist richtig, aber auch diesbezüglich ist es wichtig, sich die Gründe vor Augen zu führen. Der grösste Posten sind Wertberichtigungen. Somit muss man nicht von einem leichtfertigen Umgang mit den Mitteln ausgehen. Das scheint mir eine wichtige Feststellung zu sein. Die Diskussion zur Personalentwicklung werden wir weiterführen müssen. In den vergangenen Jahren hatten wir im Personalbereich tatsächlich einen erwähnenswerten Ausbau. Wir müssen uns aber immer wieder vor Augen führen, dass die verschiedenen Erwartungen und Forderungen – auch aus Ihrem Rat – meist nur mit zusätzlichen personellen Ressourcen zu befriedigen sind. Ich denke dabei insbesondere an den Sicherheitsbereich. Wir werden diese Diskussion jedoch führen. Im Bereich der Pflegeinitiative wurden die Mittel tatsächlich nicht ausgeschöpft. Weshalb? Leider gingen zu wenig Gesuche ein. Wir hätten diese Mittel gerne ausgegeben, aber leider wurde nicht die Anzahl erwarteter Gesuche eingereicht. Die Mittel für das Traumazentrum wurden ebenfalls nicht ausgeschöpft. Weshalb? Weil leider nicht genügend Personal zur Verfügung steht.

Wir wären bereit gewesen, die entsprechenden Mittel auszugeben. Die Resultate zu den Grundkompetenzen Mathematik beschäftigen auch unseren Rat. Die Resultate widerspiegeln aber das Ergebnis in der 2. Klasse. Wir müssen uns bewusst sein, dass die Voraussetzungen in den Kantonen unterschiedlich sind. Ich denke dabei zum Beispiel an die verpflichtenden Kindergartenjahre, die schweizweit unterschiedlich sind. Wer profitiert von der aktuellen Finanzsituation? Alle. Wir haben in den letzten Jahren einerseits die steuerpflichtigen natürlichen und juristischen Personen entlastet. Andererseits haben wir in verschiedenen Bereichen gezielt zusätzliche Mittel eingesetzt. Wäre das nicht so, dann wäre auch das Wachstum nicht zustande gekommen. Zum Thema Nachhaltigkeit: Wir haben die Mittel so eingesetzt, wie sie Ihr Rat im Rahmen des Planungsberichts Klima und Energie definiert und festgesetzt hat. Sie wissen, dass wir Ihnen schon bald die Gelegenheit geben, wieder darüber zu diskutieren und entsprechende Nachjustierungen vorzunehmen, wo Sie es als erforderlich erachten. Zu den Anträgen der PFK auf Nichtabschreibung sechs Vorstössen: Wir sind der Meinung, dass unsere Anträge im Jahresbericht begründet sind. Wir sind uns aber auch bewusst, dass es sich um einen Kampf gegen Windmühlen handelt. Wir werden diesen Kampf nicht führen und verzichten auf weitere Ausführungen dazu, sondern akzeptieren es, wenn Sie den Anträgen der PFK zustimmen.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Jahresberichtes 2025, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 107 zu 0 Stimmen zu.